

Er erscheint täglich
ausgenommen mit Ausnahme der
Sonntags- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J. 1/2 Jährl. 1.80 J.
jährlich frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Welt nicht bezogene, kostet
monatlich 10 J., 1/2 Jährlich 80 J.

Volkshlatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Dessau-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiße-Kraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegraphen-Adresse: Volkshlatt Halle.

Nr. 133

Freitag den 11. Juni 1897

8. Jahrg.

Arbeiter! Sichert Euch das Wahlrecht! Erwerbt das Bürgerrecht, und — soweit das erforderlich — die preussische Staatsangehörigkeit.

Das Staatsinteresse.

Dem „Staatsinteresse“, auf das sich die Tausch- und
Bürgerrechte der Entscheidung ihrer Vorgesetzten berufen, nicht
der Vornahme trügliche zu Leide. Er schreibt:

Das Staatsinteresse hat in der Politik stets eine her-
vorragende Rolle gespielt. Es ist der Kaufschut-Romanell, mit
dem seit Jahrhunderten und seit Jahrtausenden jede Hand-
lung besetzt und geschmückt wird, welche mit den Begriffen
der gewöhnlichen Moral nicht im Einklang steht. Alle Macht-
haber der alten und der neuen Zeit haben im Staatsinteresse
gehandelt — die griechischen Tyrannen so gut wie die römi-
schen Diktatoren und Cäsaren. Jeder Akt der Willkür, der
persönlichen Laune, der niedrigen Herrsch- und Habgier
wurde dem Volk dargeboten als eine Maßregel notwendig
geboten durch das Staatsinteresse und die salus publica
— die öffentliche Wohlfahrt. Wie Friedrich, der sogenannte
Große, der ein gar arger Gyniker war, in seinem Anti-
Machiavelli den Mißbrauch, welchen Despoten mit dem
Staatsinteresse treiben, scharf gezeichnet hat, ist eben-
falls, wie der Mißbrauch, den er selber praktisch damit
getrieben hat. Was eine Katharina von Rußland — nach
Byron — die größte der Monarchinnen und H—n —, was
ein Napoleon, was ein Bismarck, was ein Crispien wider die
gewöhnliche Moral verübten, das haben sie im Namen des
Staatsinteresses oder was dasselbe ist, der „Staatsraison“, heißt
wird: Staatsraison und Staatsvernunft, verübt. Der
letzte und höchste Staatsgrund sind die Kanonen, die ein
schreckender Despot — die letzten Gründe der Könige“ getauft
hat. In den Staatsgründen der Kanonen geht die Staats-
vernunft und das Staatsinteresse auf; beides deckt
einander, beides ist eins. Es stimmt das nicht mit der ge-
wöhnlichen Moral, nicht mit dem gewöhnlichen Recht, aber
es ist Politik. Die Politik ist etwas Apartes, sie liegt
jenseits von Gut und Böse, sie wagt nicht mit Rosenkranz,
sondern taucht ihre Hände tief in den Schmutz; und je
tiefer sie es taucht, desto mehr Anspruch erwidert sie sich
auf die Bewunderung der Genie-Arbeiter. „Die Politik
verträgt nicht das Licht des Tages“, pflegte Bismarck zu
sagen.

Die Sozialisten, die an allem nörgeln, wollen auch nicht
anerkennen, daß die Politik etwas Apartes sei, daß der Poli-
tiker das Recht habe, sich außerhalb der gewöhnlichen Mor-
tal, außerhalb des gewöhnlichen Rechts zu stellen, und diesem
wie jenem ins Gesicht zu schlagen; und sie haben schon in
den Statuten der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“,
also schon vor 33 Jahren gefordert, daß das Staats-
interesse mit dem Volksinteresse und die Staatsmoral mit
der allgemeinen Menschenmoral in Einklang gebracht
werden müssen.

Doch das ist vorläufig nur eine sozialistische Forderung
und für die Politik ist heutzutage die Emanzipation
von Moral und Recht noch die Regel.

Im schärfsten Gegensatz zur Politik steht hier die Justiz,
und zwar nach der amtlich approbierten Meinung. Den
Schulkindern wird schon gelehrt: unter Staat ist ein Rechts-
staat; in dem Staate wird — immer abseits von der
Politik — streng und unfehlbar, gemäß dem allgemeinen
Recht, so wie dieses im Gesetz sich ausdrückt, gehandelt;
streng und unfehlbar waltet die Justiz ihres Amtes, welche
die Ausführung und Verwirklichung des Rechts ist. Und:
iustitia fundamentum regnorum I — die Gerechtigkeit und
Justiz ist die Grundlage des Staates — lönt es bei allen
feierlichen Staatsaktionen und in die Ohren.

Auch der Herr Oberstaatsanwalt Dreischer hatte
zu Anfang des Tausch- und Bürgerrechts diesen Satz vor
Augen, als er dem Angeklagten v. Tausch, der sich hinter
die „Staatsinteressen“ flüchtete, feierlich die Worte zurief:

„Ja alle mid — einfach auf den Boden des Gesetzes.
Das Gesetz ist die Basis der Staatsinteressen, die einen
Beamten berechtigen können, von einer Strafvorschrift (wo
das Gesetz sie vordrückt) abzuweichen, nicht.“

Das war klar, das war richtig. Und das entsprach dem
Recht, dem Gesetz und der Justiz.

Der Herr Oberstaatsanwalt veränderte jedoch seinen Stand-
punkt, als seitens des Polizeipräsidenten für die „politische
Polizei“ das Recht beantragt ward, sich über das allge-
meine Recht und das für die sonstigen Staatsbürger geltende
Gesetz hinwegzusetzen. In seiner letzten Verteilungs-
rede — Verteilung: Anklage wurde sagte er:

„Für das Verhalten des Angeklagten v. Tausch kann
nicht die Praxis der Verwaltungsbehörden in

Frage kommen; nur sie könnte für ihn von maßgebender
Bedeutung sein. Ich weiß nicht, wie weit sie geht; wenn aber
eine solche Praxis bei den Verwaltungsbehörden besteht, so
müß man vom Standpunkte des Rechts verlangen, daß
doch wenigstens die höchsten Staatsinteressen
vorliegen müssen, wenn die Verfolgung unterbleiben soll.
Derartige Ausnahmen dürfen nur in den selten-
sten und allerdingenbedürftigen Fällen als berechtigt
angesehen werden.“

Erst: Das Gesetz kennt keine Staatsinteressen, die von
der Verpflüchtung entbinden, das Gesetz zu beobachten.
Dann: Das Gesetz kennt die höchsten Staatsinteressen — es
müssen aber „höchste Staatsinteressen“ sein — und
„seltenste und allerdingenbedürftige Fälle.“

Was sind „höchste Staatsinteressen“?
Der Staat ist das Höchste; und kommt der Staat in
Frage, so liegt in jedem Fall das Höchste, das ist das
Staatsinteresse vor; und nur die Willkür könnte einen
Unterschied machen zwischen der größeren oder geringeren
Dringlichkeit der „Fälle“. Jeder Verwaltungsbeamte und
jeder Staatsanwalt würde die Dringlichkeit anders auffassen
als der andere — es ist das eben Sache des subjektiven Er-
messens.

Die Justiz hat durch den Mund des Herrn
Oberstaatsanwalts Dreischer vor der Politik
kapituliert. Sie hat das Staatsinteresse, das
heißt einen von dem Recht nicht bloß verschobenen, sondern
es in seinen Konsequenzen geradezu ausschließenden Faktor,
in das Reich der Justiz eingeführt, der er nicht bloß
fremd, sondern positiv feindlich ist.

Die Politik hat im Tausch-Prozess die Justiz torrigiert.
Der Herr Oberstaatsanwalt Dreischer hat das mit würdigen-
weiser Offenheit dargehan.

Wir begreifen bloß nicht, warum man der ohnehin nicht
auf Noten und Lorbeeren getriebenen deutsch-preussischen Justiz
diese Probe nicht erpart hat.
Sicherlich war das Staatsinteresse hier nicht
im Interesse des Staates.

Bürgerlicher Byzantinismus.

Das monarchische Empfinden, ist namentlich in deutschen
Reichstag und preussischen Abgeordnetenhaus mehrfach
behauptet worden, sei jeder einzelne Zeit im Rückgang begriffen.

Das wäre nun das das größte Unglück nicht, bemerkt die
Schwab. Tag. dazu, und wir möchten die Behauptung
riskieren, daß auch mancher, der das Schreckliche mit elegischer
Grinasse konstatiert, im verborgenen Schreine seines Herzens
es nicht eben allzu traurig nimmt.

St aber das monarchische Empfinden zurückgegangen,
so ist dafür das monarchische Gebahren im Bürgerium
um so orientativer, lärmender, aufdringlicher geworden. Das
monarchische Prinzip spielt fast die gleiche Rolle wie einst
das kirchliche. An die Stelle der religiösen ist die monar-
chische Frömmigkeit getreten. Der Kultus der himmlischen
Majestät ist durch den Kultus der irdischen ersetzt worden.
Die Reuerenzen, die man demselben dem lieben Gott machte,
macht man jetzt dem Kaiser. Der Hof ist dem lokalen Bür-
gerium, was Vesta dem Moslem und Jerusalem dem ortho-
doxen Juden.

Recht auffällig zeigen das die Huldigungstelegramme an
König oder Kaiser, die seit Jahren in Mode gekommen sind.
In früheren Zeiten wurde eine Festtafel mit einem Tisch-
gebet eröffnet; das heutige bürgerliche Tischgebet ist das
Monarchentelegramm. Auch die profanen Verhand-
lungen von Vereinen, Verbandtagen zc. werden häufig mit
dem Gebet, pardon! Huldigungstelegramm eröffnet oder ge-
schlossen. Vom Standpunkt monarchischer Gesinnung würde
nichts Auffälliges darin liegen, wenn etwa am Geburtstags
des Landesfürsten demselben ein Glückwunschtelegramm ge-
sendet wird; oder wenn eine politische Versammlung, an
welcher das monarchische Prinzip interessiert ist, durch ein
Telegramm ihre „gute“ Bestimmung kundgibt.

Was soll man aber dazu sagen, wenn auch die Verbände
von Handwerker- oder Sportisten nicht tagen können, ohne
ein solches Huldigungstelegramm vom Stapel zu lassen?
wenn jeder Bäcker, Fleischer, Seifenfabrik, Bürstenbinde-
verband, jeder Radler, Lärn, Ruderklub einen solchen tele-
graphischen Krampf macht!

Das ist mehr „Loyalität“, sondern „Byzantinismus“.

Ob die also antelegraphierten Landesfürsten von derlei
aufdringlichen Huldigungen fonderlich erbaudt sind, können wir
naturally nicht wissen. Zweifellos aber ist mancher Monarch

erfahren genug, ihnen keinen allzu großen Wert beizumessen.
Läßt er auch, als höflicher Mann, die Huldigung liebens-
würdig erwidern, so weiß er vielleicht doch, wie und in
welcher Absicht eine solche zu Stande zu kommen pflegt.
Freud ein Lauban, der sich wichtig machen, sich ein Relief
geben will und daneben auf eine Dekoration oder auf den
Postfriesanten u. dergl. spekuliert, bringt das obligate
Monarchentelegramm und ohne Taaf „begreifert“ aus, die
Masse stimmt jubelnd ein und brüßmarm wird der welt-
historische Akt an den Hof gebracht. Auch sorgen die Macher
dafür, daß die Sache in die Zeitung kommt.

Wo das Bürgerium mit Byzantinismus demogen im-
prägniert ist, kann auch seine Presse nicht zurückbleiben.
Häufig zu sein genügt ihr nicht, sie will häßlich sein.
Der Hofstaatlerjargon ist gewissen Blättern zur Natur ge-
worden. Nicht bloß der lebendige Prinz ist der „hohe
Bast“, auch der tote ist die „hohe Leiche“. Man nennt
den allerliebsten Bericht: „Auf allerhöchsten Befehl wurde
dem H—n eine kirchliche Dankfeier veranstaltet.“

Über was nicht alle Kritik! Schon seine glänzendsten
Schriftsteller haben dem deutschen Bürgerium solchen Byzanti-
nismus auszutreiben gesucht und es nicht fertig gebracht.
Und was speziell die Hofstaatlerprache der Presse anbelangt,
so stecken unsere Sprachreinger selber so tief in der Be-
dientenhaftigkeit, daß sie am wenigsten berufen sind, Wandel
zu schaffen.

Schon vor 70 Jahren schrieb Ludwig Börne: Unter-
würrige Redensarten, solche noch aufrecht stehende Mauern
und Trümmer von niedrigeren Kerkern, aus Zeiten einer
knechtlichen Unterhängigkeit, finden wir im Deutschen Reiche
aller Orten und Wege. Trauriger Anblick! zu erst, um
darauf zu lächeln. So lange nicht ihre letzte Spur ver-
tilgt wird, denke man an keine wahre Freiheit der Deutschen.
Von allerunterhängigsten, treuehoramten
Sünden, von Sprechern, die des Volkes Wünsche und Klagen
Allerhöchst-Herrn Huld und Gnade leuchtend vorzuschleppen,
ermarte man nicht viel. Welchem Manne mit einem freien
und süßen Herzen in der Brust möchte das Kettengelärr
geflüsselter Zungen nicht unerträglich sein, so daß er lieber
als seine Gefühle zurückbringen, als die preussischen Rück-
lingen und Verzerrungen einer veralteten Feudalsprache
unterwerfen würde? Ich bin doch wohl der einzige nicht,
der hundertmal in seinem Leben des Teufels hätte werden
mögen, wenn er in eigenen Angelegenheiten oder in anti-
ligen Berichten gerade den Weg auf das Herz und den Kopf
des Regierenden zu gehen wollte und jeden Augenblick von
einem Hochdieblichen, Hochbetenen, Allerhöch-
Herr angefallen und aufgehoben werden. Da wo uns
diese Sprachschlingen von Vorgesetzten angelegt werden, müssen
wir bis zum Tage der Erlösung gewuldig darin fortzappeln.
Aber wir gemeinen Leute, warum werfen wir nicht wenigstens
diese Hindernisse weg?

Umland hat einst in seinem Gedicht: „Die deutsche
Sprachgesellschaft“ von der deutschen Sprache gelungen:

Sie diene uns am Hofe
Als Gaulein, als Hofe.
Das Beispiel tangt ihr nicht.
Sie töne stolz, sie reibe
Sich dahin, wo der Freie
Für Recht, für Freiheit spricht.

Wir aber — oder vielmehr wir nicht, sondern ihr lauft
den Nachsch Uhländ für den Schillerverein an, aber in
eurer Sprache wollel ihr so wenig von Umland wissen wie
in euerem lauschten Gebahren von dem Schillerischen, Männer-
stolz vor Königsironen.“

Wahlgesetzliche.

Eine Reichstagswahl hat am Montag in Wies-
baden stattgefunden infolge des Todes des von den Kon-
servativen und Rationalisierenden gewählten Abgeordneten
Röpp. 1893 wurden abgegeben 6253 sozialdemokratische
Stimmen, 6289 konservativ-nationalliberale, 5024 freimittler,
4898 für das Zentrum und 1254 antimilitarische. In der
Stichwahl wurde dann Röpp mit 11870 Stimmen gegen
9566 sozialdemokratische gewählt. Ueber die gestrige Wahl
liegt bisher folgendes Ergebnis vor: 4178 für Dinarz (103),
5799 für Wintermeyer (freil. Volksp.), 4896 für Fugger
(Zentrum) und 2534 für Wartling (natl.). Es wird eine
Stichwahl nötig werden.

Eine Reichstagswahl findet am heutigen Donner-
stag in Königsberg statt an Stelle unseres ver-

gewählt. Zuletzt wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der heute im Stillstande zur Tagesordnung übergehende Kongress der Tarifgemeinschaften im Deutschen Reich...“

Internationaler Bergarbeiter-Kongress.

C. B. London, den 8. Juni 1897. Weiter Verhandlungstag. Vormittag. Die belgischen Delegierten, Gavrot, Calvaux und Deuffieux sind eingetroffen. Die Verhandlungen leitet Sachse Jünger. Als Uebersetzer fungieren Frau Marx-Koenig und Mrs. Smith.

Folgende Resolutionen wurden angenommen: „Der Kongress erachtet einen gesetzlichen achtstündigen Arbeitstag...“

Für die deutsche und französische Resolution tritt W. Billeter Wort an: Umher Antrag geht weiter als der englische, denn er verlangt auch für die Arbeiter über Tag den Achtstundentag.

Der französische Delegierte Lamerdin spricht sich über den Ausschluß der Arbeiter aus dem Achtstundentag ein. Er ist nicht einverstanden mit der Forderung nach der Unterstützung der Arbeiter unter Tage.

Der belgische Delegierte Deuffieux weist auf die rationellen Vorwürfe hin, die im Bericht der Arbeiterkongresse gegen die Sozialdemokratischen Abgeordneten erhoben wurden.

In der Debatte geht Lamerdin an die Wünsche der französischen Delegierten über, daß auch in Frankreich das seit 1884 erhaltene Koalitionsrecht in dieser Hinsicht nur auf dem Papier steht.

Gavrot (Belgien). Die Arbeiter müssen die politische Macht erlangen, das ist der einzige Weg, um die Herrschaft des Kapitals zu brechen. Schon jetzt ist es den belgischen Sozialdemokraten gelungen, einige Arbeitsgesetze im belgischen Parlament durchzusetzen.

Im Norden Englands wird nur 6 1/2 bis 7 Stunden gearbeitet. In demselben Tage, an dem der gesetzliche Achtstundentag eingeführt wird, zwingen auch uns die Unternehmer den Achtstundentag auf und unsere Organisationskräfte sind nicht zu befürchten.

schlägt Redner dem Kongress die Wahl eines Komitees vor, das die Lage der jugendlichen Arbeiter in den nördlichen und südlichen Kohlenrevieren Englands untersuchen soll.

In der Nachmittagssitzung erwidert W. Billeter dem die Wines-Föderation auf die Rede des Durham-Kameraden. Es hat die Frage wieder einen internationalen Kongress beabsichtigt.

Auf eine weitere Debatte wird allseitig verzichtet und zur Abstimmung über die Resolutionen geschlossen. Die Resolution der Wines-Föderation wird mit allen Stimmen gegen die der 12 Delegierten der National Union angenommen.

Die Wines-Föderation beantragt folgende Resolution: Die Unternehmer und die Arbeiter müssen sich verständigen, um die Arbeiter während der Arbeit treffen zu lassen.

Die Unternehmung und die Arbeiter müssen sich verständigen, um die Arbeiter während der Arbeit treffen zu lassen. In diesem Sinne müssen Gesetze für die Vergütung geschaffen werden.

W. Billeter (Belgien) gibt Daten über die Zahl der Unfälle in belgischen Kohlenrevieren, die morgen gedruckt werden vorgelegt werden.

Die weitere Beratung wird auf morgen vertagt. Als Tagespräsident für morgen wird Lamerdin (Frankreich) bestimmt.

Am Mittwoch haben die englischen Delegierten ihren Kameraden vom Besuche ein Bankett in Solborn Restaurant.

Lokales und Provinzielles.

Gegen die Gewerbegerichte bereitet der Zentralverband der Industriellen einen Kampf vor. Im neuen Organ dieser Partei heißt es: „Begründung“ der Wähler: „Wenn die Vorstehenden der Gewerbegerichte mit solcher Animosität gegen die Arbeitgeber vorgehen...“

27. Generalversammlung des Vereins für Volksbildung. (Schluß Sitzung.) In der Mittwoch 10 Uhr begonnene Hauptversammlung sprach Herr Dr. Max Hirsch über Volksbildung.

1. Die in Nr. 130 des Volksblattes in dem Artikel „Drei Möglichkeiten“ enthaltenen Mitteilungen sind insofern unrichtig, als sie die Ansicht geben, die Arbeiter von Schülern wegen Vergehen gegen die Sonntagsruhe eingekerkert worden sind.

mit der Errichtung von Hochschulen befaßt und befehle gegenwärtig deren 80; England mit seinen 300000. Einwohnern werde von vier Universitätsstädten aus durch Volkshochschulen fortgebildet und die harte Beschäftigung von Jahr zu Jahr bemerke, ein wie starkes Bedürfnis dafür vorhanden sei.

Herr Universitäts-Professor L. Hubes v. Halle als Korreferent sprach sodann über den Satz Berges: „Das Leben erzögelt in längerer Rede. Die Schule ist in vielfacher Hinsicht das Stützglied, obwohl man die Bedeutung derselben nicht unterschätzen dürfte.“

Der Vortragende folgte eine sehr ausgedehnte Diskussion. Während ein Dr. E. H. L. meinte, die Wissenschaft sei für die Arbeiter gefährlich, durch die Sozial-Revolutionen erzeugt worden, so meinte anderer Redner, für unsere Verhältnisse sei die Wissenschaft nicht so gefährlich, wie man behauptet.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

Es sprach sodann Herr Schulinspektor Trebbin über die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung. Er erklärte, daß die Verbindung der Schule mit der Arbeiterbewegung ein sehr wichtiges Kennzeichen sei, wenn es aus der Schule komme.

